DIE TAGESZEITUNG
junge Welt

## Zeitzeugen

Ein Gespräch mit Wolfgang Schwanitz und Werner Großmann über die Gründung des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit am 8. Februar 1950. Außerdem: Der Maestro als Edelpunk. Reportage über einen Musikdirektor im russischen Perm.

ACHT SEITEN EXTRA

GEGRÜNDET 1947 · **SONNABEND/SONNTAG, 31. JANUAR/1. FEBRUAR 2015** · NR. 26 · 1,80 EURO · **PVST A11002** · ENTGELT BEZAHLT WWW.JUNGEWELT.DE

**Keine Probleme**
»Europäische Linke« und Syriza-Regierung: »Mehr geschafft als SPD und Grüne hierzulande.« **2**

**Keine Hoffnung**
TTIP-Kritiker warnen vor Abkommen, glauben aber nicht mehr, es verhindern zu können **5**

**Keine Spaltung**
Karibik- und Lateinamerika-Gipfel in Costa Rica stellt sich hinter Kuba. Von Volker Hermsdorf **7**

**Keine Auskunft**
Kreditanstalt für Wiederaufbau unterläuft Gesetz über Informationsfreiheit. Von Marvin Oppong **9**

# Kiew will nicht verhandeln

Ukrainische Regierung boykottiert Friedensgespräche. Delegation erscheint nicht in Minsk. Erneut schwerer Angriff auf Donezk. Viele Tote zu beklagen. **Von Reinhard Lauterbach**

Im Donbass geht der Krieg in die nächste Runde. Ein für Freitag in der belarussischen Hauptstadt Minsk geplantes Treffen der internationalen Kontaktgruppe zur Beilegung des Konfliktes kam nicht zustande. Wie das dortige Außenministerium mitteilte, erschien die ukrainische Delegation nicht. Eine Begründung wurde nicht gegeben. Der Kontaktgruppe gehören neben Vertretern der Kiewer Regierung und Abgesandten der international nicht anerkannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk Diplomaten aus Deutschland, Frankreich und Russland sowie von der OSZE an.

In Donezk starben wieder zahlreiche Zivilisten. Beim Beschuss einer Bushaltestelle wurden zwölf Menschen getötet, mindestens zwei weitere starben, als eine Granate in einen Bus einschlug. Fünf Anwohner wurden getötet, als Granaten auf einem Platz explodierten, wo Hilfsgüter verteilt wurden. In Donezk und Umgebung sind durch den ständigen Artilleriebeschuss inzwischen fast eine Million Menschen ohne Trinkwasser. Auf der Webseite der örtlichen Wasserwerke ist zu lesen, dass eine zentrale Aufbereitungsanlage direkt an der Frontlinie immer wieder beschossen wird, wodurch sowohl die Stromversorgung lahmgelegt als auch die Rohre durchlöchert würden. Die Techniker versuchten unter Einsatz ihres Lebens, die Schäden zu beheben, würden aber durch ständig neuen Beschuss daran gehindert. Die Bevölkerung sei inzwischen dazu übergegangen, Schnee zu schmelzen, um ihren Wasserbedarf zu decken. In der Mitteilung wird nicht informiert, von wem der Beschuss ausgeht. Die Aussage, das Kollektiv der Wasserwerke »flehe« darum, den Beschuss einzustellen, richtet sich formal an beide Konfliktparteien. Es erscheint indessen wenig wahrscheinlich, dass die Aufständischen Wasserwerke beschießen, die sie selbst benötigen.

ALEXANDER ERMOCHENKO/REUTERS

**Bergen von Leichen: Mindestens zwölf Zivilisten wurden am Freitag beim Beschuss von Donezk getötet**

Die Volkswehren machen offenbar Geländegewinne am Frontbogen von Debalzewe nordöstlich von Donezk. Wie der ukrainische Freiwilligenkommandeur Semjon Semjontschenko auf seiner Facebook-Seite mitteilte, eroberten sie die Stadt Wuglegirsk, russisch Uglegorsk. Die Position der Regierungstruppen dort sei nicht mehr haltbar gewesen, nachdem die Aufständischen auch mit Partisanengruppen in die Ortschaft eingesickert seien. Einem ukrainischen Fernsehsender zufolge sagte eine Quelle im Generalstab, mit dem Fall der Stadt sei der Kessel von Debalzewe praktisch geschlossen. Ein Blick auf die Karte lässt allerdings an dieser Aussage zweifeln, und auch die Aufständischen haben diese Meldung bis zum Nachmittag nicht bestätigt. In Debalzewe und Umgebung sind etwa 8.000 bis 9.000 Soldaten der ukrainischen Armee stationiert. Die Volkswehren versuchen seit Tagen, den Frontvorsprung abzuschneiden, sind allerdings bisher dabei auf heftigen Widerstand der Nationalgarde gestoßen. In ukrainischen Medien war in den letzten Tagen zu lesen gewesen, Bewohner von Debalzewe hätten die Armee aufgefordert, den Ort zu verlassen, um Verluste unter der Zivilbevölkerung zu vermeiden.

In Kiew randalierten unterdessen Kämpfer des Faschistenbataillons »Aidar«. Die von Amnesty International als mutmaßliche Quelle von Kriegsverbrechen beschuldigte Truppe soll aufgelöst und ihre Angehörigen sollen auf andere Einheiten verteilt werden. Das Ministerium reagierte mit der Anordnung zur Auflösung des Bataillons auf zahlreiche eigenmächtige Ausschreitungen der Truppe. Die Entscheidung hat auch einen Hintergrund im Machtkampf hinter den Kulissen, denn das Bataillon galt als einer der militärischen Arme des Oligarchen Igor Kolomojskij, der die Faschisten finanziert.

■ Siehe Seite 3

# Von der Leyen braucht mehr Auswahl

»Attraktivitätssteigerungsgesetz« soll die Anzahl der Bewerber für die Bundeswehr erhöhen

Die Bundeswehr will durch Verbesserungen im Alltag der Soldaten und finanzielle Anreize mehr Bewerber anlocken. Die jungen Leute stünden nicht mehr bei den Unternehmen Schlange, sagte Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) am Freitag im Bundestag. Das Ziel sei ein »modernes Arbeitsumfeld« bei der Bundeswehr mit gutem Verdienst, flexiblen Arbeitszeiten und einem familienfreundlichen Klima.

Das »Attraktivitätssteigerungsgesetz«, über das der Bundestag erstmals beriet, sieht unter anderem Solderhöhungen, Zulagen für »besondere Erschwernisse« sowie Ansprüche auf Teilzeitarbeit und Hilfen in Härtefällen etwa nach einer Scheidung vor. »Wir garantieren erstmals geregelte Dienstzeiten im regulären Betrieb«, so von der Leyen. Sie wies darauf hin, dass die Bundeswehr pro Jahr etwa 60.000 Bewerber benötige, um bei Rekrutierungen eine hinreichende Auswahl zu haben. Sie wertete es als Erfolg, dass es derzeit rund 11.000 freiwillige Wehrdienstleistende gibt, trotz »schrumpfender Rekrutierungsbasis und wachsender Konkurrenz«.

Auch der SPD-Verteidigungsexperte Rainer Arnold nannte die Steigerung der Attraktivität der Bundeswehr eine »große Herausforderung«. Es gehe darum, »nicht nur genügend Rekruten zu finden, sondern die richtigen«. Zweifel an der Wirksamkeit der durch von der Leyen geplanten zusätzlichen finanziellen Anreize äußerte die Grünen-Verteidigungsexpertin Doris Wagner. Sie verwies im Bundestag auf Studien, wonach die meisten Soldaten mit ihrem Einkommen durchaus zufrieden seien. Umgekehrt würden beispielsweise Teilzeitwünsche im Arbeitsalltag der Soldaten nur schwer durchsetzbar sein. Grundsätzliche Skepsis äußerte die Linke-Wehrexpertin Christine Buchholz. Fehlende Attraktivität liege »nicht in erster Linie an zu kleinen Betten oder am Arbeitsmarkt«, sondern an der »ganzen Ausrichtung der Truppe«, sagte Buchholz in der Debatte. Sie kritisierte in diesem Zusammenhang vor allem »die Ausweitung von Auslandseinsätzen«. (AFP/jW)

■ Siehe Kommentar Seite 8

## Athen: Keine Kooperation mehr mit der Troika

**Athen.** Zwischen der neuen griechischen Regierung und der Euro-Gruppe ist es zu einem Eklat gekommen. Griechenland werde künftig nicht mehr mit den Geldgeberkontrolleuren der Troika zusammenarbeiten, sagte Finanzminister Giannis Varoufakis am Freitag nach einem Treffen mit Euro-Gruppen-Chef Jeroen Dijsselbloem in Athen. »Unser Land weigert sich, mit der Troika zu kooperieren«, sagte Varoufakis. Das auferlegte Sparprogramm sei nicht in die Tat umsetzbar. Das griechische Volk habe es bei den Wahlen vergangenen Sonntag abgelehnt. Dijsselbloem forderte die Griechen auf, ihre Versprechungen einzuhalten. Eine internationale Konferenz über einen Schuldenschnitt, wie die neue Regierung sie fordert, lehnte Dijsselbloem ab. »Es gibt bereits eine solche Konferenz, und die heißt Euro-Gruppe«, sagte Dijsselbloem. (dpa/jW)

## 8. Mai: Gysi fordert, auch Putin einzuladen

PAUL ZINKEN/DPA/BILDFUNK

**Berlin.** Linke-Fraktionschef Gregor Gysi (Foto) will den russischen Präsidenten Wladimir Putin gemeinsam mit anderen Staatschefs zu den Feiern zum 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus nach Berlin einladen. »Ich finde auch, dass ein solches Gedenken ohne das russische Staatsoberhaupt nicht geht«, sagte Gysi am Freitag. Putin einzuladen sei »mehr als angemessen«, es gehe um ein »welthistorisches Ereignis«. Zuvor hatte bereits Linken-Fraktionsvize Wolfgang Gehrcke die Idee unterbreitet. Auf den Vorstoß gab es bei den Linken auch widerstrebende Reaktionen. »Der Vorschlag kommt für mich etwas überraschend«, sagte der Obmann im Auswärtigen Ausschuss, Stefan Liebich, gegenüber der *Berliner Zeitung*. Als »völlig undenkbar« bezeichnete der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Franz Josef Jung, eine Einladung Putins. (AFP/jW)

jW wird herausgegeben von 1619 Genossinnen und Genossen (Stand 28.1.2015)
■ www.jungewelt.de/lpg